

OGI : I GO!

Autor(en): **Münger, Hans Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **47 (2000)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zivilschutz befragte den abtretenden Chef des VBS, Bundespräsident Adolf Ogi

OGI: I GO!

Nach fünf Jahren an der Spitze des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) tritt ein sportlich und optimistisch gebliebener Adolf Ogi Ende dieses Jahres aus dem Bundesrat zurück; auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere, wie er selber sagt. Das ehemalige Eidg. Militärdepartement hat Ogi von 1995 an mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit und Effizienz nach seinem Gusto umgemodelt, durch den Zivilschutz bzw. das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) und den Sport ergänzt und auf den 1. Januar 1998 als VBS neu erstehen lassen. Zivilschutz hat dem scheidenden Verteidigungsminister einige Fragen zum heutigen Zivilschutz und zum künftigen Bevölkerungsschutz gestellt.

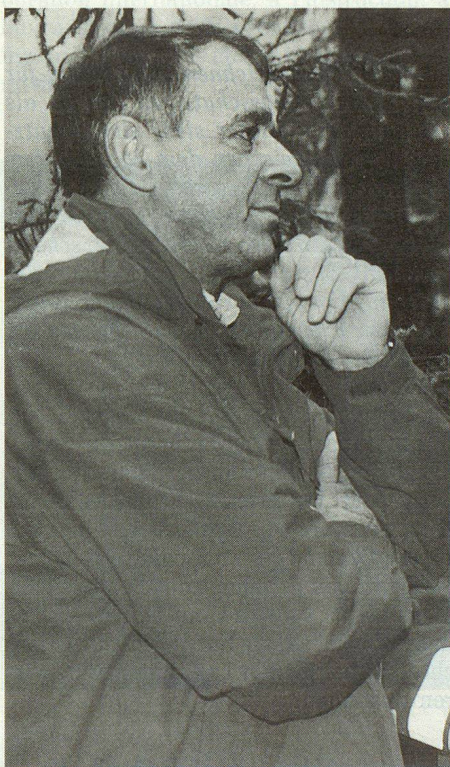
HANS JÜRIG MÜNGER

Herr Bundespräsident Ogi, Sie haben im November 1995 die Leitung des Eidg. Militärdepartements übernommen. Zum neuen VBS stiess – vom Justizdepartement kommend – Anfang 1998 das Bundesamt für Zivilschutz. Sie haben im Dezember 1997 bei der Amtsübernahme nicht wenige BZS-Bedienstete mit der Ankündigung überrascht, im VBS würde nicht nur Honiglecken auf sie warten. In der Tat ist das BZS von diversen Massnahmen, unter anderem Stellenabbau, betroffen worden. Sind weitere Umstrukturierungsmassnahmen zu erwarten?

Eines vorneweg: Nicht nur für das Bundesamt für Zivilschutz, sondern für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Departement waren die letzten Jahre kein «Honiglecken». Die in Angriff genommenen Reformen, Armee XXI und Bevölkerungsschutz, fordern alle. Ich kann aber mit Befriedigung feststellen: Die Herausforderungen wurden mit Elan angepackt. Es wurde tatsächlich sehr viel geleistet und auch erreicht. Auf den Lorbeeren kann sich aber auch in Zukunft niemand ausruhen. Die Reformen verlangen weiterhin das volle Engagement von allen. Zum Bundesamt für Zivilschutz: Es hat sich gut in das neue Departement integriert. Es hat die laufende Reform des Bevölkerungsschutzes nicht nur wesentlich mitgeprägt, sondern federführend in

der Projektleitung mitgewirkt. Die Reform wird zu Umstrukturierungen führen, vor allem vor dem Hintergrund der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die künftige Verwaltungseinheit umfassen wird, kann zurzeit noch nicht abschliessend gesagt werden. Sicher ist aber eines: Das Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivilschutz wird auch in Zukunft gefragt sein. So etwa in den Bereichen der Konzeption und Forschung, der internationalen Zusammenarbeit, der Ausbildung, der Schutzinfrastruktur, der Information. Hier warten interessante Aufgaben und Herausforderungen.



«Der Zivilschutz hat in den letzten Jahren seine Fähigkeit als effizientes und polyvalent einsetzbares Mittel unter Beweis gestellt. Davon habe ich mich mehrmals vor Ort überzeugen können.»

Mitte September haben Sie sich in Obwalden beeindruckt erklärt vom «Lothar»-Einsatz des Zivilschutzes. Einen knappen Monat später spenden Sie im verwüsteten Oberwallis Trost und treffen auch hier auf motivierte Zivilschützer, Hand in Hand im Einsatz mit den andern Rettungsorganisationen. Haben Sie da nicht an Armeegegener Peter Hug denken müssen, der ihnen noch wenige Monate vorher ans Herz legen wollte, den «unnötigen Zivilschutz» abzuschaffen?

Bei meinem Besuch im Wallis habe ich in erster Linie an die hart vom Schicksal betroffenen Menschen gedacht – und nicht an die Politik. Wichtig war mir in diesem Moment, den Menschen in ihrer schwierigen Situation zu helfen, sie zu unterstützen, ihnen Mut zuzusprechen.

Einen starken Eindruck haben bei mir die vielen Helferinnen und Helfer hinterlassen. Angehörige der Feuerwehr, des Zivilschutzes, der Armee, Retter und Retterinnen anderer Partnerorganisationen und Freiwillige haben Schulter bis zur Erschöpfung gearbeitet. Mit dem einen Ziel, den Betroffenen jede erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen. Es waren starke, eindruckliche Bilder. Bilder der Solidarität und der Kooperation.

Es waren aber auch Bilder, welche die Notwendigkeit unserer Armee und der zivilen Einsatzorganisationen einmal mehr unterstrichen haben. Zu diesen gehört auch der Zivilschutz. Er hat in den letzten Jahren seine Fähigkeit als effizientes und polyvalent einsetzbares Mittel unter Beweis gestellt. Davon habe ich mich mehrmals vor Ort überzeugen können.

Bei den Unwettern im Wallis und im Tessin war und ist das Hand-in-Hand-Arbeiten aller Rettungskräfte eine Selbstverständlichkeit. Dies soll es künftig unter dem gemeinsamen Dach «Bevölkerungsschutz» überall sein. Unser Verband steht weiterhin, auch aktiv, hinter der Reform. Diese ist allerdings komplex und ambitiös. Wie sieht der Fahrplan aus? Glauben Sie, dass die Umsetzung 2003 starten kann?

Ja, der Zeitplan ist tatsächlich gedrängt, der Parcours eng gesteckt. Die Projektleitung Bevölkerungsschutz hat aber, zusammen mit allen Projektbeteiligten, die Piste gut präpariert und vorgespurt. Das Vorhaben liegt gut im Rennen: die Zwischenzeiten sind vielversprechend. Der Schweizerische Zivilschutzverband hat mit seiner engagierten, manchmal auch kritisch hinterfragenden Mitarbeit wesentlich dazu beigetragen und das Projekt mitgeprägt. Ich schätze das und bin froh darüber. Es geht

nun darum, dieses positive Klima auch für die nächste Projektphase zu nutzen, wenn es um die Konkretisierung und Umsetzung des Bevölkerungsschutzes geht. Der bisherige Projektverlauf stimmt mich in dieser Hinsicht optimistisch.

Wie geht es nun konkret weiter? Im Frühjahr 2001 werden das Leitbild zum Bevölkerungsschutz und das neue, totalrevidierte «Bevölkerungsschutzgesetz» vom Bundesrat verabschiedet und in die Vernehmlassung gegeben. In der Herbstsession 2001 und der Frühlingssession 2002 ist die Behandlung der beiden Dokumente in den eidgenössischen Räten geplant. Auch ohne Ogi: Einem erfolgreichen Start des neuen Bevölkerungsschutzes auf den Beginn des Jahres 2003 steht nichts im Wege.

Erfolgreich hat sich der Schweizerische Zivilschutzverband für die Beibehaltung der Bezeichnung «Zivilschutz» und für die Überführung der Organisation als Einheit in den künftigen Bevölkerungsschutz stark gemacht. Was dem SZSV – und vielen an der Front – Sorgen bereitet, ist die Reduktion des Zivilschutz-Bestandes von 300 000 auf 120 000 Personen. Die jüngsten Unwetter werfen vor allem für die Bergkantone Fragen auf. Wie sollen Kantone und Gemeinden mit immer weniger Zivilschützern Katastrophen und Notlagen parieren?

Das Verbundsystem Bevölkerungsschutz und die Neuausrichtung auf Katastrophen und Notlagen ermöglichen eine Straffung der Strukturen des heutigen Zivilschutzes. Das macht Sinn. Ich verstehe die da und dort noch vorhandenen Bedenken. Sie sind aber unbegründet. Zur festgelegten Zahl von künftig 120 000 Zivilschutzangehörigen drei Bemerkungen:

Erstens: Die Bestandeszahlen wurden mit den Kantonen – auch den Gebirgskantonen – überprüft und erst dann festgelegt. Zweitens: Nicht nur das Unwetter im Wallis hat gezeigt, dass die Gebirgskantone auf die Unterstützung der Mittellandkantone zählen können. Die Solidarität zwischen Städtern und Berglern funktioniert. Darüber hinaus können die Kantone auch weiterhin mit einer wirkungsvollen subsidiären Unterstützung durch die Armee rechnen.

Drittens: Mit der Reduktion der Bestände wird auch die Einsatzerfahrung und damit die Motivation der Zivilschützer steigen. Das haben die Erfahrungen aus den vielen Katastropheneinsätzen deutlich gezeigt. Oder anders gesagt: «Trockenübungen sind nötig, konkrete Einsätze sind besser – viel besser».

Herr Ogi, Sie bezeichnen das Leitbild für den Bevölkerungsschutz zu Recht als «Meilenstein». Dieser sieht eine Schutzdienstpflicht zwischen dem 20. und dem 40. Altersjahr vor. Neu sollen Leute frühestens mit 35 in die Reserve eingeteilt werden können. Diese Altersgrenze scheint dem SZSV zu starr. Es gibt doch gute Gründe, Pflichtige früher umzuteilen. Sollte man es nicht jedem Kanton überlassen, wie er dies handhaben will?

Zum einen: Wir wollen die Schutzdienstpflicht – und damit auch die Altersgrenze – in Zukunft flexibler ausgestalten. Im Entwurf zum Bevölkerungsschutzgesetz ist denn auch vorgesehen, dass der Bundesrat den Bestand des Zivilschutzes mit einer Senkung oder Erhöhung des Dienstpflichtalters besser steuern kann. Nur so wird es möglich sein, auf die Entwicklungen der sicherheitspolitischen Lage adäquat reagieren zu können.

Zum andern: Es entspricht dem Wunsch und Willen der Kantone, die Schutzdienstpflicht auch in Zukunft auf Stufe Bund zu regeln. Das ist im Moment unbestritten. Und dies ist auch sinnvoll, wenn wir die interkantonale Hilfeleistung ausbauen wollen – und müssen. Von ihrer topographischen Lage her besonders gefährdete Kantone – dazu gehören ja eben die Gebirgsregionen – müssen sich auf die Unterstützung der anderen Kantone verlassen können. Der Einsatz des Zivilschutzes soll in Zukunft nicht nur auf die eigene Gemeinde oder Region ausgerichtet sein. Er muss vermehrt auch in benachbarten Regionen, ja in der ganzen Schweiz möglich sein. Nochmals: Die freundeidgenössische Solidarität muss weiterhin funktionieren!

«Aufwuchs» ist heute schon fast ein geflügeltes Wort. Zeichnet sich ein bewaffneter Konflikt ab, muss der Bundesrat den Startschuss zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit geben. Ein altgedienter Militär hat den Aufwuchs als Augenwischerei bezeichnet. Sind Sie davon überzeugt, dass Armee und Bevölkerungsschutz rechtzeitig hochgefahren werden könnten? Was machen wir bei einer Grosskatastrophe à la Basler Erdbeben 1356? Was, wenn ein «Schurkenstaat» mit Raketen droht?

Wir werden dafür sorgen, dass die Aufwuchsfähigkeit der Armee und des Bevölkerungsschutzes nicht zur «Augenwischerei» wird. Was den Bevölkerungsschutz anbetrifft, müssen mit Blick auf einen bewaffneten Konflikt bereits heute gewisse Massnahmen getroffen werden. Ich denke dabei insbesondere an die Werterhaltung der Schutzinfrastruktur. Sie soll der Bevölkerung ebenfalls bei einer Bedrohung mit Fernlenk Waffen Schutz bieten. Ich denke aber auch an Regelungen, was das zusätzlich notwendige Personal und dessen Ausbildung anbelangt. Kurzum: Wir bauen ein solides Fundament für einen Aufwuchs.

Ein Ereignis im Ausmass des verheerenden Erdbebens anno 1356 in der Region Basel würde wiederum die interkantonale Hilfeleistung, aber auch die Unterstützung durch die Armee nötig machen. Ich bin aber fest überzeugt: In einem solchen Fall werden die Bergler auch den Städtern zu Hilfe eilen!

Vielen Dank, Herr Ogi, für Ihre Meinungsäusserungen. Der Schweizerische Zivilschutzverband dankt Ihnen für Ihr wertvolles Engagement als höchster Zivilschutzverantwortlicher unseres Landes und wünscht Ihnen für alle künftigen Vorhaben den besten Erfolg. ▣

Tourismus-, Personal-, Gruppenunterkünfte, Privat



- Schaumstoff-Matratzen
- Matratzen-Überzüge

→ **nach Mass**

- Bettwaren für den Objektbereich

Wiggermatte 6 Telefon 062 758 35 66
CH-6260 Reiden/Mehlsecken Telefax 062 758 35 67

Protection civile en dialogue avec Adolf Ogi, chef du DDPS et président de la Confédération, démissionnaire

OGI: I GO!

JM. Cinq ans après avoir pris la tête du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS), Adolf Ogi, qui est resté sportif et optimiste, quitte le Conseil fédéral au terme de cette année, alors qu'il se trouve à l'apogée de sa carrière, comme il le dit lui-même. A partir de 1995, Ogi, grâce à sa propre obstination et à son efficacité, a modelé à sa façon le Département militaire fédéral d'alors, en y ajoutant la protection civile, ou l'Office fédéral de la protection civile (OFPC), et le sport en date du 1^{er} janvier 1998, pour en faire le nouveau département DDPS. La revue *Protection civile* a posé quelques questions au ministre de la défense sortant, en rapport avec la protection civile actuelle et la future protection de la population.

Monsieur le Président de la Confédération Ogi, en novembre 1995, vous avez repris la direction du Département militaire fédéral. Le nouveau DDPS a accueilli dans ses rangs, début 1998, l'Office fédéral de la protection civile, qui venait du Département de justice et police. En décembre 1997, lorsque vous avez repris l'OFPC, vous avez étonné bien des employés en déclarant qu'au sein du DDPS, il ne fallait pas s'attendre à ne trouver que des douces. En réalité, l'OFPC a connu diverses mesures, entre autres la diminution de ses effectifs. Faut-il s'attendre à d'autres mesures de réorganisation?

Avant tout, une chose: il n'y a pas que le personnel de l'Office fédéral de la protection civile à n'avoir pas trouvé de douceurs durant ces dernières années. Cette situation a été vécue par toutes les collaboratrices et tous les collaborateurs de mon département. Les réformes entreprises, qu'il s'agisse de l'armée XXI ou de la protection de la population, ont mis tout le monde à contribution. Je peux cependant constater avec plaisir que les intéressés ont répondu avec élan aux hautes exigences du moment. On a vraiment beaucoup travaillé et atteint bien des buts. Mais personne ne pourra se reposer sur ses lauriers à l'avenir. Les réformes exigent aussi pour les temps qui viennent l'engagement complet de chacun.

En ce qui concerne l'Office fédéral de la protection civile: ce dernier s'est bien intéressé dans le nouveau département. Il ne s'est pas contenté d'imprégner de manière fondamentale la réforme de la protection de la population en cours, il a aussi collaboré de manière décisive à la direction du projet. La réforme conduira à des restructurations, avant tout en tant que suite logique de la nouvelle répartition des tâches entre les cantons et la Confédération.

On ne peut pas encore définitivement dire aujourd'hui combien de collaboratrices et collaborateurs la future unité administrative comptera. Comme par le passé, on ne pourra pas se passer du savoir-faire des collaboratrices et collaborateurs de l'Office fédéral de la protection civile. Je pense ici à la conception et à la recherche, à la collaboration internationale, à l'instruction, à l'infrastructure de la protection, à l'information. Ce sont des tâches intéressantes et un défi.



PHOTO: DDPS

«La protection civile a prouvé, durant ces dernières années, sa capacité d'être engagée en tant que moyen efficace et polyvalent. A plusieurs reprises, j'ai pu m'en convaincre dans le terrain.»

Au milieu de septembre, vous avez déclaré, en Obwald, lors de la tempête Lothar, que vous êtes impressionné par l'intervention de la protection civile. A peine un mois plus tard, vous apportez de la consolation dans un Haut-Valais dévasté où vous rencontrez aussi des membres de la protection civile motivés qui interviennent la main dans la main avec d'autres organisations de sauvetage. N'avez-vous pas dû alors penser à Peter Hug, cet adversaire de l'armée qui voulait vous convaincre, il n'y a que quelques mois, de supprimer cette «protection civile inutile»?

Lors de ma visite en Valais, j'ai pensé en premier lieu aux personnes touchées durement par le sort et non à la politique. A ce moment, j'ai jugé important d'apporter de l'aide, du soutien et du réconfort à une population qui se trouvait dans une situation difficile.

J'ai été fortement impressionné par les nombreuses personnes qui apportaient de l'aide. Les membres des sapeurs-pompiers, de la protection civile, de l'armée et des autres organisations partenaires, sans oublier les volontaires, ont travaillé côte à côte jusqu'à l'épuisement, en poursuivant un but, celui d'apporter aux personnes touchées toute l'aide pensable. Ce furent des images fortes et impressionnantes, les images de la solidarité et de la coopération. Ce furent aussi des images qui soulignaient une fois de plus l'importance de notre armée et des organisations civiles d'intervention. La protection civile fait partie de ces dernières. Elle a prouvé, durant ces dernières années, sa capacité d'être engagée en tant que moyen efficace et polyvalent. A plusieurs reprises, j'ai pu m'en convaincre dans le terrain.

Lors des intempéries en Valais et au Tessin, le travail de toutes les forces d'intervention s'est fait la main dans la main, comme une chose qui va de soi. C'est ce qui devrait se faire partout à l'avenir, sous l'égide de la «protection de la population». Notre association continue à soutenir activement la réforme. C'est toutefois complexe et ambitieux. Quel est l'horaire prévu? Croyez-vous que la réalisation pourra se faire en 2003?

Oui, l'horaire est vraiment serré et le parcours a été tracé à l'étroit. La direction du projet Protection de la population a bien préparé et essayé la piste, avec le concours de toutes les instances participant au projet. Ce dernier a de bonnes chances de succès. Les résultats intermédiaires sont prometteurs. Par sa collaboration très sou-

nue, doublée parfois de questions spécifiques, l'Union suisse pour la protection civile a contribué à ces préparatifs pour une part substantielle et marquante. J'estime ce travail et je m'en réjouis. Il s'agit maintenant de mettre à profit ce climat positif pour la prochaine phase du projet, où il faudra concrétiser et appliquer la nouvelle protection de la population. La marche du projet connue jusqu'à présent m'incite à voir la chose sous un jour positif.

Quelle est la suite concrète, maintenant? En début 2001, le plan directeur de la protection de la population et la «loi sur la protection de la population» totalement révisée seront ratifiés par le Conseil fédéral puis soumis à une consultation. Il est planifié de traiter les deux documents aux Chambres fédérales lors des sessions d'automne 2001 et du printemps 2002. Même sans Ogi, rien n'empêchera un départ fructueux de la nouvelle protection de la population au début de 2003.

L'Union suisse pour la protection civile s'est engagée avec succès pour que soit maintenu le nom de «protection civile» et pour que cette institution soit reprise en tant qu'unité dans la future protection de la population. Ce qui inquiète l'USPC et beaucoup de monde au front, c'est la réduction des effectifs de la protection civile de 300 000 à 120 000 personnes. Les dernières intempéries poussent avant tout les cantons montagnards à se poser des questions. Comment les cantons et communes devront-ils faire face à des catastrophes et à des situations extraordinaires alors que les effectifs de la protection civile diminuent toujours plus?

Le système de partenariat de la protection de la population et la nouvelle orientation sur les catastrophes et autres situations

ARTLUX





Equipements et literie, matelas en mousse et housses de matelas sur mesure pour

- **abris de tourisme**
- **de personnel et**
- **des groupes**

ARTLUX · Wiggermatte 6 **Telefon 062 758 35 66**
 CH-6260 Reiden/Mehlsecken **Telefax 062 758 35 67**

extraordinaires permettent de resserrer les structures de la protection civile actuelle. Cela a un sens. Je comprends le scepticisme que l'on rencontre encore ici ou là. C'est cependant une réaction injustifiée. Je vous fais trois remarques à propos du futur nombre des membres de la protection civile:

Premièrement: les effectifs ont été vérifiés avec les cantons, donc aussi avec les cantons montagnards. Ils n'ont été fixés qu'ensuite.

Deuxièmement: ce n'est pas seulement lors des intempéries en Valais que les cantons montagnards ont pu compter sur le soutien des cantons de la plaine. La solidarité entre les citadins et les montagnards fonctionne. En outre, les cantons peuvent continuer à compter sur un efficace soutien subsidiaire de l'armée.

Troisièmement: avec la réduction des effectifs, l'expérience de l'intervention et ainsi la motivation des membres de la protection civile va augmenter. De nombreuses interventions en cas de catastrophe l'ont montré clairement. En d'autres termes: «les exercices à sec» sont nécessaires, les interventions concrètes sont mieux, beaucoup mieux.

Monsieur Ogi, vous dites à juste titre que le plan directeur de la protection de la population est une étape principale. L'obligation de servir dans la protection civile se situera entre 20 et 40 ans. Selon ces nouvelles bases, les astreints seront incorporés dans les réserves au plus tôt à 35 ans. Il semble à l'USPC que cette limite d'âge est trop rigide. Il existe pourtant de bonnes raisons pour procéder à cette mutation plus tôt. Ne devrait-on pas laisser à chaque canton le soin du mode à suivre?

Pour répondre à la première question: nous voulons à l'avenir donner plus de flexibilité à l'obligation de servir et du même coup à la limite d'âge. Dans le projet de loi sur la protection de la population, il est aussi prévu de permettre au Conseil fédéral d'élever ou d'abaisser l'âge limite de l'obligation de servir, donc de mieux conduire. Ce n'est qu'ainsi qu'on pourra réagir d'une manière plus adéquate à un développement de la situation de la politique de sécurité.

Pour ce qui est de la deuxième question: c'est le vœu et la volonté des cantons de voir la Confédération régler aussi à l'avenir les questions de l'obligation de servir. Pour l'instant, cette volonté est incontestable. C'est aussi judicieux, vu que nous voulons et devons développer l'aide intercantonale. Les cantons doivent pouvoir compter sur le soutien des autres cantons, selon

leur situation topographique, et il faut justement penser ici aux cantons montagnards. A l'avenir, l'intervention de la protection civile ne se limitera plus à sa propre commune ou à sa propre région. De plus en plus, il sera possible de devoir intervenir aussi dans une région voisine, voire dans toute la Suisse. Je le répète, la solidarité amicale fédérale doit continuer à fonctionner!

«Montée en puissance» pourra bientôt être considérée comme une parole ailée. S'il fallait s'attendre à un conflit armé, le Conseil fédéral devrait donner le signal de départ pour élever le degré de préparation à l'intervention et augmenter la capacité de résistance. Un militaire méritant de longue date a trouvé qu'en parlant de cette montée en puissance, on jette de la poudre aux yeux du public. Etes-vous convaincu que l'armée et la protection de la population pourraient être mises à la hauteur de leur tâche à temps? Que ferions-nous, s'il fallait faire face à une grande catastrophe, telle que le tremblement de terre de Bâle, en 1356? Que se passerait-il, si un Etat mal intentionné nous menaçait de ses missiles?

Nous veillerons à ce que la capacité de croissance de notre armée et de notre protection de la population ne devienne pas une vaine parole. En ce qui concerne la protection de la population, aujourd'hui déjà, nous devons garder en vue dans une certaine mesure la menace d'un conflit armé et prendre certaines mesures. Je pense ici particulièrement au maintien de la valeur de notre infrastructure de protection, celle-ci devant assurer à notre population également une protection contre les missiles. Je pense aussi aux réglementations qui concernent le personnel supplémentaire nécessaire ainsi qu'à l'instruction de ce personnel. Bref, nous posons des fondations solides qui permettront la croissance.

Un événement, dans les proportions dévastatrices qu'on a connues en 1356 dans la région de Bâle, entraînerait de nouveau une aide intercantonale aussi bien qu'un soutien de la part de l'armée. C'est ici que je suis tout à fait convaincu que dans un tel cas, les montagnards viendraient aussi à l'aide des citadins!

Un grand merci, Monsieur Ogi, pour cet interview. L'Union suisse pour la protection civile vous remercie de votre précieux engagement, en tant que chef suprême de la protection civile de notre pays, tout en vous souhaitant du succès dans tout ce que vous avez prévu pour l'avenir. ■